

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des 4ten Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Rthlr., auswärtige aber 1 Rthlr. 7½ Sgr., — und nicht wie in No. 295. bekannt gemacht wurde 1 Rthlr. 7½ Sgr. resp. 1 Rthlr. 15 Sgr. — als vierteljähr. Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Montags täglich erscheinende Zeitung auf allen königlichen Postämtern durch die ganze Monarchie zu haben ist. — Die Pränumeration für ein Exemplar auf Schreibpapier beträgt 15 Sgr. für das Vierteljahr mehr, als der oben angelegte Preis. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, ist es nicht unsere Schuld, wenn die frühern Nummern nicht nachgeliefert werden können.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums wird auch der Kaufmann Herr G. Bielefeld Markt No. 87, Pränumerationen auf unsere Zeitung pro I. Quartal annehmen, und die Zeitung von des Morgens 8 Uhr an ausgeben.

Pöfen, den 18. December 1848.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Inland.

Berlin, den 17. Dec. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Bergamts-Registrator F. Doert zu Brieg den Charakter als Kanzlei-Rath beizulegen.

* Bromberg, den 15. Dec. Die von den Stadtverordneten für jetzt abgelehnte Forderung des Constitutionsfestes ist von dem patriotischen Verein in der vorgestrigen Sitzung wieder angeregt worden, und man ist dahin übereingekommen, dieselbe nur in kirchlicher Weise zu begehen und dazu sämtliche Körperschaften der Stadt einzuladen. Eine Illumination, wie sie von vielen Seiten beabsichtigt worden, findet nicht statt; dagegen wird an Stelle derselben eine Sammlung veranstaltet werden, die den Armen zu Gute kommen soll. — Im Deutschen Bürgerverein werden jetzt die Punkte debattirt, welche in unserer Verfassungsurkunde wohl der Veränderung bedürften; namentlich ist bisher über die erste Kammer und über das absolute Veto des Königs gesprochen worden. Sehr interessant ist die ebenfalls vom Bürgerverein angeregte Idee, Deutsche und Polen in unserer Provinz abzusondern ihre Wahlmänner und Deputirte wählen zu lassen. Selbige findet jedoch nicht hinreichende Unterstützung, namentlich aus Gründen der Unausführbarkeit. Dagegen ist man der Absicht, eine Einladung zur Candidatur für die erste Kammer ergehen zu lassen, was wohl auch in weiteren Kreisen der Nachahmung werth sein dürfte, besonders da man wünschen muß, diesmal in der Wahl von Deputirten glücklicher zu sein und sich die den Deputirten der ersten Kammer nöthigen Eigenschaften, Geld, Verstand und Zeit nur bei Wenigen vereint finden dürften. — Der hiesige Handwerkerstand wünscht die Beschränkung der Gewerbefreiheit in die Verfassungsurkunde aufgenommen zu sehen; immer aber fühlt er sich wegen der plötzlich eingetretenen Ordnung und der Consolidirung aller Geschäfte zufrieden.

CC Berlin, den 14. Dec. Der König von Bayern hat einen Preis ausgesetzt für die gelungenste Bearbeitung der Frage: durch welche Mittel kann der materiellen Noth der untern Klassen der Bevölkerung Deutschlands und insonderheit Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden? — In die Schlagworte der Gegenwart eingeleitet heißt das ganz einfach: es ist ein Preis ausgesetzt worden auf die gelungenste Lösung der socialen Frage. So viele sich daran bis jetzt versucht haben, so wenigen ist die Beantwortung gelungen, weil sie alle ohne Ausnahme einen falschen Weg eingeschlagen haben. Die sociale Frage läßt sich nicht von oben herab und von Außen hinein, sondern einzig und allein von unten hinauf und von innen heraus lösen. Association der Arbeiter, Erhöhung der Arbeitslöhne, Arbeitsbeschaffung von Staatswegen, wenn Privatarbeiten in ausreichender Weise nicht vorhanden sind, das sind so unter den bisher vorgeschlagenen Medicamenten wenigstens die unverwerflichsten. Die Unausführbarkeit des letztern haben die gänzlich mißlungenen Versuche in Frankreich bewiesen; das zweite Mittel richtet sich durch sich selbst, und hat sich bereits gerichtet, weil eine Erhöhung der Arbeitslöhne eine angemessene Erhöhung des Preises nicht allein des Fabrikates, sondern auch der nothwendigsten Naturproducte zur unausbleiblichen Folge haben muß, der Arbeiter in seiner Lage Nichts gebessert wird, da die Vermehrung seiner Einnahme durch die damit Schritt haltende Vermehrung oder gar unverhältnißweise Erhöhung der Ausgabe weit gemacht wird. Es bleibt sonach nur die Association als Heilmittel übrig. Diese aber konnte sich bis dahin nicht bewähren, weil sie fast ausschließlich auf Erhöhung der Arbeitslöhne und auf Arbeitsverpfehlung vom Staate gerichtet war. — Wohin soll denn aber die Association ihre Richtung nehmen? Die Beantwortung dieser Frage scheint uns die leichteste von der Welt zu sein. Nämlich ganz einfach dahin, wo ganz allein der Grund der unglücklichen Verhältnisse zu suchen ist. Die Ursache alles Unglücks der Zeit ist in dem falschen Ehrgeize, in der Eitelkeit Aller zu suchen, welche den einzelnen seines Ursprungs vergessen machte und ein unbegreifliches Streben nach Applanirung aller Stände- und Lebensverhältnisse hervorgerufen hat. Den Labendienen, den Arbeiter verlangt nach einem Ministerposten, um von da aus für sich zu sorgen und nebenbei die Welt zu reformiren. Ein von oder gar noch mehr vor dem Namen nachalt alle, die es nicht führen dürfen, zu glühendem Haß gegen die Bevorzugten; von Gottes Gnade ist etwas ganz unsühbares, denn wir sind einer so viel als der andere von Gottes Gnaden. Wie sehr und wie oft man sich auch bemüht hat, diese Dinge als die nebensächlichen Mängellichkeiten der Bewegung der Gegenwart darzustellen, wir müssen dem widersprechen. Sie sind der eigentliche Kern, der Lebensnerv. Man sehe sich einmal das Leben der untern Klassen der Gesellschaft an. Was sie nicht sein können, wollen sie wenigstens scheinen. Was der Geist nicht kann, soll wenig-

stens der Rock machen. Und gerade dieser Rock, dieser sogenannte Sonntagsrock der niedern Stände ist zumeist das Unglück derselben. Denn er soll nicht allein getragen werden, er soll auch gesehen werden, und da geht nun der Arbeiter nicht allein Sonntags, nein auch an den Wochen-Abenden aus und setzt sich und zecht mit Leuten zusammen, die über Thaler zu gebieten haben, während er nur Groschen oder zu diesem Zweck nur Pfennige commandiren kann. Dann kann natürlich der Arbeitslohn nicht ausreichen, und wie viel andere überflüssige Bedürfnisse hängen noch mit dem Sonntagsrocke zusammen? Weib und Kinder wollen nicht minder bedacht sein, oder sind es schon vor dem Vater und noch mehr als er. Also lehrt den Arbeiter seine Bedürfnisse beschränken, und ihr sogenannten Vornehmen, geht ihm mit gutem Beispiele voran, nicht daß ihr weniger verbraucht, also weniger arbeiten laßt, nein dadurch, daß ihr dem Arbeiter durch die That beweist, daß ihr den bezahlten Kettel am Leibe eines ehrlichen Mannes mehr ehrt, als den geborgten oder erschwindelten Frack, der die herzlose Unehrlichkeit nur halb bedeckt. Schämt euch nicht mit einem Kettelträger an einem Tische zu sitzen und einer Glas Wein an seinem Glase schlechten Bieres klingen zu lassen. Diese ächteste aller socialen Revolutionen aber wird nur zu bewirken sein durch Aufreißung des einen durch die Heuchelei des Pietismus, andererseits durch den Unglauben des Nationalismus bis zum Tode erdrückten religiösen Gefühls. Daher glauben wir, daß die Lösung der socialen Frage nicht durch den Staat, sondern durch die Kirche zu erwarten ist.

Berlin, den 16. Dec. Der Döwialtsche Prozeß wurde heute Nachmittag 4 Uhr beendet. Heute früh waren noch einige Zeugen verhört worden. Der Staatsanwalt hatte für Döwialt und Bernhard Müller 8 Jahr Festung beantragt; das Urtheil fiel jedoch milder aus, indem jeder von diesen beiden zu 6 Jahr Festung, wegen Erregung von Aufruhr, von den Genossen: Bonge, Troschte und Pastewsky zu 6 Jahr Strafarbeit, wegen Theilnahme am Aufruhr, verurtheilt wurden; einige andere wurden geringer bestraft. Vier Angeklagte: Graepenhin, Bau, Brix und Gogel wurden von der Anklage entbunden, einer, Liebhans, wegen Widersetzlichkeit gegen die Schutzmannschaften zu sechs Monaten Strafarbeit verurtheilt. Der Vorsitzende verkündete nach längerer Verathung unter lautloser Stille das Urtheil, das unerwartet hart erschien. Dasselbe begann zum ersten Male mit den Worten: „Im Namen des Königs.“ Als Gründe der Verurtheilung waren angegeben, daß es bei den Erstgenannten, wozu das Geständniß derselben viel beigetragen hatte, feststehe, daß sie durch ihre Reden und durch ihre ferneren Handlungen an jenem Abend das Ministerium zur Abdankung hätten zwingen wollen. Den übrigen Verurtheilten war die Theilnahme an den vorgefallenen Excessen nachgewiesen. Ein zahlreiches Publikum füllte bis zum letzten Augenblick den Sitzungssaal, ja sogar einen Theil des Flurs, nachdem, gegen Ende der Sitzung, die Thüren des Saales geöffnet worden waren. Bemerkenswerth schien es, daß durchaus keine Maßregeln getroffen waren, um etwaige Unruhestörungen zu verhindern, während uns noch erinnerlich ist, wie große Abtheilungen von Bürgerwehr bei mehreren Prozeßen dieses Sommers verwendet wurden.

CC Berlin, den 17. Decbr. Die Deputation aus Schwelm, welche gestern beim Könige war, um ihm den Dank ihrer Stadt für das Geschenk der Verfassung auszusprechen, wurde vom Könige mit der Anerkennung, welche diesen treuen Männern aus der Grafschaft Mark gebührte, empfangen. Sie nahm dabei Gelegenheit, dem Könige für die bevorstehende Reorganisation des Gerichtswesens, um Verfassung eines Gerichtshofes in Schwelm zu bitten, was der König aber mit gewohnter Freundlichkeit dahin berichtigte, daß er als konstitutioneller König den Maßnahmen der Minister nicht vorgreifen könne. Heute war eine Deputation der Stadt Düsseldorf beim Könige. — Der ehemalige Abgeordnete v. Gier ist hent per Zwangspass ausgewiesen worden. Jung ist noch hier und sehr thätig, um seine Wiederwahl durchzusetzen. — Die Militairhandwerker-Commissionen sollen bereits wieder in voller Thätigkeit sein, und scheint somit der frühere Plan, Militair Effecten durch bürgerliche Handwerker anfertigen zu lassen, ausgegeben zu sein. — Der Stadtverordnete Herr Gneist hat sehr rechtzeitig seinen Abschied genommen, da er bereits von einer großen Anzahl seiner Wähler Mißtrauensvoten erhalten hatte. Der Stadtrath Runge soll ebenfalls aus dem Magistrat geschieden sein, weil er sich bei der an den König abzusendenden Adresse nicht betheiligen will.

— (Spen. Ztg.) Da im Lande eine große Ungewißheit darüber herrscht, was der im neuen Wahlgesetz vorkommende Ausdruck „selbstständiger Preuze“ zu bedeuten habe, und diese Ungewißheit sogar an vielen Orten dazu beizugebracht worden,

eine bedeutende Aufregung hervorzurufen, indem man in jenem Ausdruck eine Beschränkung des früheren Wahlrechts gesucht hat, so haben wir über die Bedeutung jenes Ausdruck nähere Erkundigung eingezogen und erfahren, daß das Wort in juristischem Sinne, dispositivfähig, genommen wird, und daß also alle bisherigen Wähler auch dies Mal für die zweite Kammer wählen.

Die Nachricht, daß zwischen dem Preussischen und Russischen Kabinett ein Notenwechsel über die Abtretung des Polnischen Theils des Großherzogthums Posen an Rußland, gegen die Abtretung des Herzogthums Kurland, stattgefunden, ist ohne Grund.

Berlin. — Preussens Finanzverwaltung vor der März-Revolution. Der aufgelöste Landtag hatte eine Deputation, bestehend aus den Abg. Feyerabend, Bliesener und Brehmer mit der Durchsicht der ihm vorgelegten Staatsrechnungen beauftragt und dieselbe hatte am 3. November einen Bericht über die Finanzverwaltung von 1840 bis 1846 einschließlich ausgearbeitet. Auf Veranlassung der Oppositionsmitglieder gedruckt, ward der Bericht bis auf wenige Exemplare von den Wrangelschen Truppen weggenommen; er wird indeß bald in einer neuen Auflage erscheinen. Bis jetzt sind durch die Zeitungen nur einige Auszüge bekannt geworden, die indeß schon des Interessanten genug über die Verwendung der Staatseinkünfte unter dem alten Régime enthalten. — Der Bericht beginnt mit der Klage, daß die Königl. Verbeisung vom 17. Januar 1820, nach welcher die Ausgaben nie die Summe von 51 Millionen übersteigen, wohl aber durch Ersparungen bedeutend vermindert werden sollten, nicht gehalten worden, wohl aber eine anhaltende Tendenz zur Mehrausgabe eingetreten ist. Außerordentliche Gehalte, Zulagen (an Hengstenberg u. a.) und Leibrenten (zum Belaufe von circa 86,000 Thlr.) wurden in neuerer Zeit von den Specialkassen auf die Generalstaatskasse überschrieben, aus welchem Grunde, ist leicht einzusehen. Die höchste Pension betrug 8000 Thlr.; nach dem neuen Gesetze soll keine sich über 3000 Thlr. belaufen; dadurch können 40,000 Thlr. jährlich erspart werden. In den Ausgaben der „Domänen und Forsten“ gehört als Revenuen-Anteil des Kron-Fideikommisses die Summe von 2,573,000 Thlr. Die Ausgaben für dies Departement sind auch in anderer Beziehung interessant. Der Minister hatte 10,000 Thlr. Gehalt und freie Wohnung; für Diäten und Reisekosten sind im Jahre 1846 verausgabt 5643 Thlr. Darunter figurirt z. B. eine Fahrt von Berlin nach Sanssouci und zurück (8 Meilen in 2 Tagen) „zu einer Conferenz mit dem Hofgärtner wegen der Anlagen in Kömmin“ mit 22 Thlr. 10 Sgr. Der Minister Stölberg hat im Jahre 1846 allein für sich 1327 Thlr. für Diäten und Reisekosten liquidirt. Im Allgemeinen bemerkt man, daß alle veranlagten Ausgaben, namentlich auch Remunerationen an Beamte von 1840 bis 1846 sehr erheblich, in einzelnen Departements um mehr als das Doppelte gestiegen sind. Die Verwaltungskosten für die Domänen sind allein um 42,000 Thlr. angewachsen. Für den Berliner Thiergarten betrug der jährliche Zuschuß der Staatskasse 7872 Thlr.; für die „Besprenzung der Charlottenburger Chaussee“ 1500 Thlr.; für die neuen Anlagen wurden 23,000 Thlr. außerordentlich verausgabt. — In der Forstverwaltung sind an Gratifikationen und Unterstützungen, zum Theil an höhere und besoldete Beamte, 79,212 Thlr. vertheilt worden, darunter z. B. 200 Thlr. an einen Forstbeamten für Räumung seiner Dienstwohnung bei Anwesenheit Sr. Majestät des Königs. Etwa 1200 Thaler figuriren für Karten von den Wildparks, für Hirschfänger, für kleinere Wildparkanlagen u. dgl. Die Forstverwaltung hat ihren Ausgaben-Etat um 319,000, die Domänenverwaltung den ihrigen um 157,000 Thlr. überschritten. — Die Ordens-Verwaltung kostete 42,000 Thlr.; die Geschenke an Zuschuß 173,000 Thlr. Für die Verwaltung des Staatsschatzes sind an Besoldungen gezahlt 27,000 Thlr., darunter 11,000 Thlr. an den Minister und Infanterie-General v. Thiele. Die Militärkasse erhielt 25 Millionen Thlr. — Die Gesamtausgaben für die Königl. Ministerien und Centralbehörden betrug im Jahre 1840 noch 37, im Jahre 1846 schon 43 Millionen. — Das Capitel der Geschenke und Gratifikationen ist das merkwürdigste. Wir entnehmen demselben folgende Posten: Landrath Graf von Keller in Erfurt zur Erziehung seiner drei Kinder 300 Thlr. jährlich. — v. Lengefeld, Oberst a. D., für zwei Söhne jährlich 200 Thlr. — Geh. Justizrath v. d. Hölle in Ologau für drei Söhne 300 Thlr. jährlich. — Für zwei Söhne des verstorbenen Grafen v. Schwerin Erziehungs-geld jährlich 500 Thlr. — Lieutenant v. Schlichtfuß bis zu seiner Beförderung zum Hauptmann 300 Thlr. jährlich. — General Graf Dohna in Königsberg jährliche Beihilfe von 2000 Thlr. — Familie des verstorbenen Generals von Großmann zur Errichtung eines Familien-Fideikommisses 26,250 Thlr. — Geh. Oberfinanzr. v. Senft-Pilsach (der 4000 Thlr. fides Gehalt hat) für Reise und Unterhaltskosten 5428 Thlr. — Oberpräsident Böttcher, außerordentliches Geschenk 3000 Thlr. — Minister Eichhorn, Geschenk mit Bezug auf die Generalsynode, 4000 Thlr. — Im Ganzen sind aus dem „Dispositions-Fonds“ und an Geschenken und Unterstützungen gegen 530,000 Thlr. an Gehaltsvorstößen und zinsfreien Darlehen 279,000 Thlr. ausgegeben; ferner „zu verschiedenen Zwecken“ 231,000 Thlr., z. B. 139,000 Thlr. für die Einrichtung des Schlosses in Coblenz, 13,500 Thlr. für Bauten im Theater; 5000 Thlr. an Prinz Wilhelm als Gouverneur von Mainz; 6000 Thlr. als Zulage an General v. Hüfer als Vicegouverneur von Mainz. — Von dem Seehandlungsinstitut sagt der Bericht: „Bei demselben werden angeblich nur kaufmännische Bücher, aber keine vollständige Rechnungen geführt. Zur Einsicht der Bücher glaubte die Deputation nicht beauftragt zu sein. Seit ihrem Bestehen hat die Seehandlung zur Staats-

kasse abgeliefert im J. 1845 100,000 Thlr., im J. 1846 desgleichen, überhaupt 200,000 Thlr. Dagegen hat sie im J. 1848 aus dem Staatsschatze empfangen 1,000,000 Thlr. — Aus den Specialrechnungen wird noch Folgendes hervorgehoben. Für Reparaturen in der Wohnung des Oberpräsidenten Böttcher zu Königsberg sind verausgabt 3080 Thlr. — Der Landrath zu Osterode zahlt für seine Wohnung im Schlosse nur 40 Thlr. Miete jährlich. — Die Reisekosten eines Provinzial-Schulraths haben in einem Jahre 982 Thlr. betragen. Das Regierungs-Collegium in Königsberg erhält für Dienstbedürfnisse, Schreibmaterialien u. dgl. 10,106 Thlr. — Für das J. 1847 ist der Bericht noch nicht vollendet. Nach den vorliegenden Resultaten war der Bestand der Staatskassen ultimo 1847 9,270,456 Thlr.; ultimo 1839 dagegen wurde ein Bestand von 16,949,157 Thlr. in das Jahr 1840 übertragen. Die Bestände haben sich also in den letzten Jahren um 7,678,701 Thlr. vermindert, die Verwaltung hat seit 1840, statt Ersparungen zu machen, Zuschüsse gebraucht. Eine Uebersicht des Staatshaushaltes für die drei ersten Quartale des J. 1848 ergibt Folgendes. Die Einnahme (einschließlich eines Zuschusses von 12,389,325 Thlr. aus dem Staatsschatze und der freiwilligen Darlehne von 10,436,000 Thlr.) betrug 68½ Millionen, die Ausgabe 67½ Millionen, darunter 7½ Mill. „aus Veranlassung der neueren Zeitereignisse und zur Abhülfe des Nothstandes.“ Gegen die drei entsprechenden Quartale des vorigen Jahres gehalten sind in diesem J. weniger einkommen 922,600 Thlr., mehr ausgegeben 8,434,650 Thlr. Nach diesem Verhältnisse würden für das ganze Jahr 12½ Mill. durch außerordentliche Mittel zu decken sein, was bereits durch den Zuschuß des Staatsschatzes und das freiwillige Darlehn vollständig geschehen ist. Vorläufig fehlt es der Staatskasse nicht an Geldmitteln, indeß sind für den laufenden Staatshaushalt bedeutende Ersparnisse erforderlich, welche auch in dem Budget für 1849 uns schwer nachzuweisen sein werden. (Wei. Ztg.)

Frankfurt a. M., den 13. Dez. D. P. A. Z. 134te Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Eröffnung der Sitzung gegen 9½ Uhr Vormittags. Der Vorsitzende Hr. v. Sager n bringt den Austritt des Abg. v. Unwerth aus Ologau zur Kenntniß der Versammlung. Zur Anordnung einer Neuwahl in dem betreffenden Wahlkreise wird dem Reichsministerium des Innern Nachricht gegeben werden. Abg. Schulz aus Weilburg stellt an den Hrn. Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten die Frage: was er zur Ausführung des am 22. Juli von der Reichsversammlung gefaßten Beschlusses, die Sicherstellung der östlichen Grenzen betreffend, gethan hat? Benedy interpellirt das Reichsministerium des Innern und des Aeußern, ob die nach Wien enttenden Reichskommissäre den Auftrag erhalten hätten, gegen die fortgesetzten kriegsgerichtlichen Verurtheilungen zu Wien im Namen der verletzten Ehre Deutschlands Protest einzulegen. Es wird zur Tagesordnung geschritten. Die Versammlung entscheidet sich gegen die Zulassung der Diskussion über Art. V. §. 15 u. f., weshalb unmittelbar zur Abstimmung geschritten wird. Hier nach lautet Art. V. §. 15: „Zu einem Beschluß eines jeden Hauses des Reichstages ist die Theilnahme von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet.“ §. 16: „Wenn es sich von der Erlassung solcher Gesetze handelt, durch welche Einrichtungen und Maßregeln begründet werden sollen, die der Kompetenz der Reichsgewalt nicht ausdrücklich zugewiesen sind (Abschnitt von der Reichsgewalt, Art. XIII, §. 58 am Ende), so ist für die Schlußabstimmung eines jeden Hauses die Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen erforderlich.“ §. 17: „Das Recht des Gesetzesvorschlags, der Beschwerde, der Adresse und der Untersuchung, so wie die Anklage der Minister, steht jedem Hause für sich zu.“ Bei der Verhandlung über §. 18 des Entwurfs wird die Zulassung der Diskussion beschlossen. Der Anschluß-Antrag §. 18 lautet: „ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser zu Stande kommen.“ W. Wohlvertheidigt den von ihm und dem Abgeordneten Rödinger gestellten Zusatzantrag, also lautend: „die Vermittlung des Reichsbudgets und aller Steuern oder Matricularbeiträge ist ausschließlich beim Volkshaus.“ Welcher erklärt sich aus Gründen der Volkssouveränität und der Freiheit für das absolute Veto. Der Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses bringt den präjudizialen Antrag ein, die Versammlung wolle beschließen, sämtliche das Budgetwesen betreffenden Anträge an diese Kommission zur Prüfung zurückzuweisen. Es entspinnt sich eine kleine Debatte über diese Frage. Der vorgebrachte präjudiziale Antrag des Verfassungs-Ausschusses wird angenommen. Gleichzeitig wird die Abstimmung über §. 18 des Entwurfs vom Reichstag vorgenommen, wonach dieser Paragraph in der beschlossenen Fassung also lautet: „Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser gültig zu Stande kommen.“ Beim Beginn der Verathung über Art. V. §. 19 des Entwurfs: „vom Reichstag“ entscheidet sich die Versammlung für die Zulassung der Diskussion. §. 19 lautet im Entwurf: Bei Ausübung der der Reichsgewalt zugewiesenen Befugnisse ist die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstages in folgenden Fällen erforderlich: 1) Wenn es sich um die Erlassung, Aufhebung oder Abänderung von Reichsgesetzen handelt. 2) Wenn der Reichshaushalt festgestellt wird, wenn Anleihen kontrahirt werden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgesehene Ausgabe übernimmt oder nicht vorgesehene Steuern oder Matricularbeiträge erhebt. 3) Wenn von Reich wegen Banken angelegt oder bewilligt werden. 4) Wenn die Steuererhebung der Einzelstaaten von der Zustimmung der Reichsgewalt abhängig gemacht ist (§. Reichsgewalt §. 37). 5) Wenn Landesfestungen zu Reichsfestungen erklärt werden. 6) Wenn Handels-, Schiffs- und Auslieferungsvträge mit dem Auslande geschlossen werden, so wie überhaupt völkerrrechtliche Verträge, insofern sie das Reich betreffen. 7) Wenn nichtdeutsche Länder oder Landestheile dem deutschen Zollgebiet angeschlossen oder einzelne Orte oder Gebietsheile von der Zolllinie angeschlossen werden sollen. 8) Wenn deutsche Landestheile abgetreten oder wenn nichtdeutsche Gebiete dem Reich einverleibt oder auf andere Weise mit demselben verbunden werden sollen. Es haben sich 5 Redner für, 8 gegen die Anträge des Verfassungsausschusses einschreiben lassen. Vogt begreift nicht, wie man über §. 19 abstimmen könne, ohne daß vorerst entschieden worden, in welchem Verhältnisse die beiden Häuser des Reichstages

zu den Finanzen stehen. Es handle sich in diesen Paragraphen um das unbedingte oder suspensive Veto der Reichsregierung oder des Reichs-Oberhauptes. Einem Volke gegenüber, welches sich eine Verfassung oktroyiren und seine Freiheit sich nehmen lasse, dürfe dem Oberhaupt nicht die Waffe eines Veto in die Hand gegeben werden, eine Waffe, die allerdings in der englischen Verfassung sich vorfindet, die jedoch, abgesehen von der Verschiedenheit der Zustände in Deutschland und England, zu einer Zeit gegeben worden, wo in England das constitutionelle Prinzip noch nicht vorgedrungen gewesen sei. Man sage, die Minister gingen aus demokratischen Majoritäten hervor; und doch habe vor kurzem ein Ministerium sich erlaubt, einen gesetzgebenden Körper aufzulösen. (Bravo links.) Unsere konstitutionellen Regierungen, fährt der Redner fort, sind nichts Anderes, als Fortpflanzungs-Anstalten der Bürokratie. Im Interesse der Verfassung, obwohl ich bei deren Abstimmung nach Maßgabe des Entwurfs des Ausschusses nur wenig beieiligt sein werde, da ich mehrentheils dagegen stimme, rathe ich Ihnen, das absolute Veto wegzulassen und das suspensive einzuführen. (Bravo!) Welcher erklärt sich für ein Oberhaupt, beruhend auf dem freien Volkswillen. Eine gut organisierte Freiheit habe Mittel, die Entstehung eines feindlichen Gegensatzes zu verhindern. Auf der einen Seite biete sich die Vertretung, Steuerverweigerung u. als Mittel dar, auf der anderen Seite das Recht der Auflösung des gesetzgebenden Körpers und der Appellation an das Volk, ein Prinzip, welches auf der linken Seite des Hauses seine Anerkennung gewiß auch finden werde. Der Freiheit wegen will der Redner ein Oberhaupt, weil dieses die Freiheit nach Außen verbürge. Habe man Vertrauen zu sich und zu der Nation, so werde das Oberhaupt nie sein eigensinniges „Nein“ entgegensetzen. Zur Zeit, wo eine siebenjährige Kammer, wo ein Oberhaus servil gewesen, habe das Veto zur Wahrung der Freiheit als notwendig sich gezeigt; mit Jubel stimme das preussische Volk zu, daß es von der Last der souverainetäts-schwindelnden Linken durch des Königs Veto befreit worden sei. (Unruhe links.) Zwei Argumente hält der Redner der Versammlung entgegen; der Linken: die Volkssouverainetät habe keinen Umschlag des monarchischen Prinzips gewollt, und sei mit Willen an den Thronen stehen geblieben; dem Centrum und der Rechten: wolle man eine organisierte Freiheit, so dürfe man dem Oberhaupt keine falschen und schlechten Präservativmittel in die Hand geben, sondern die Nation wahren lassen und auf die Kraft des Volkes vertrauen. „Lassen Sie uns organisiren, dann sind wir gesichert.“ (Bravo.) von Vincke. Vorerst hätte das Oberhaupt geschaffen werden müssen, ehe man demselben Eigenschaften beilege. (Zustimmung links.) Alles konzentrierte sich auf zwei Dinge: daß das Volk sich selbst organisiren wolle und daß diese Organisation für Deutschland nicht anders möglich sei, als durch die Monarchie. Um darzuthun, wie wenig eine republikanische Regierungsform für Deutschland geeignet sei, kommt der Redner auf das jüngste Verhalten der Berliner Landes-Versammlung zu sprechen, wobei er bemerkt, die Majorität dieser Versammlung sei nicht frei von persönlichem Ehrgeiz gewesen, und durch welchen sie sich bei ihren Abstimmungen habe leiten lassen. (Widerspruch und Unruhe links. Ruf: zur Ordnung!) Der Präsident: Ich kann den Redner nicht zur Ordnung rufen; er spricht von einer Versammlung, die nicht mehr besteht. Neuer Lärm auf der Linken und abermaliger Widerspruch gegen den Redner, als dieser seine Behauptung wiederholt. Eine Stimme: „Das ist nicht ritterlich!“ Der Redner gegen die Linke gewendet: Ich bin in meinem Leben gewohnt gewesen, alle meine Aeusserungen auf eine sehr ritterliche Weise zu vertreten. (Der Vorsitzende: Ich rufe den Redner zur Ordnung, weil es unparlamentarisch ist, eine Provokation auf der Bühne auszusprechen.) v. Vincke verteidigt sich dagegen; diese Provokation habe nicht Mitgliedern dieser Versammlung gegolten, sondern den Fremden, welchen etwa in Berlin seine Aeusserungen Anstoß verursachen sollten. Nach wiederhergestellter Ruhe fährt der Redner fort: Die Versammlung von Berlin hatte nicht diejenige Selbstverleugnung, welche zur Durchführung der Republik unerlässlich ist. Ich will keine Republik, weil ich die Regierung nicht in Widerspruch bringen will mit den Wünschen des Volkes. Zwischen Republik und Monarchie besteht der prinzipielle Unterschied, daß in der ersteren das Volk durch seine Organe allein sich regiert, und daß in der letzteren nichts ohne den Willen des Königs geschehen kann. Das absolute Veto ist unzertrennlich von der Monarchie. Keine Autorität wird Ansehen genießen, wenn sie zum Sklaven einer anderen Autorität herabstinkt. Ist aber das Oberhaupt unverantwortlich, so wehren sich dadurch seine Befugnisse. Selbst Mirabeau sagte, er wolle lieber in Konstantinopel als in Frankreich sein, besäße der König kein absolutes Veto. Lasse man die Beschlüsse des Hauses ohne Veto gelten, so könne die Versammlung an einem schönen Morgen erklären, die Monarchie solle aufhören. (Links Zustimmung und Bravo!) Das suspensive Veto hält der Redner für thöricht und zur Organisirung der Zwietracht geeignet. In England erweise sich die Ausübung des Veto als nicht notwendig, weil der dortige konstitutionelle Sinn in Deutschland fehle; in England sei aber dieses Veto so lange geübt worden, als die politische Uebergangsperiode gedauert und bis die dortigen Verhältnisse sich konsolidirt hätten. Uebrigens sei das konstitutionelle Wesen in England so beschaffen, daß es in jenem Lande keinem Staatskörper einfalle, etwas Antimonarchisches zu beschließen. (Links Oh!) Der Redner zur Linken: Auf diesem Standpunkte befindet sich Ihre Partei allerdings nicht; man wird dann gegen Sie den meissen Gebrauch von dem absoluten Veto machen müssen. (Heiterkeit.) Urtheilen wir aus eigener Erfahrung, so müssen wir auch das Recht über Krieg und Frieden dem Reichsoberhaupt, den Männern eines konstitutionellen Ministeriums überlassen. Handle es sich um die Verwendung von Geldmitteln, so habe ohnedies die Zustimmung der Versammlung einzutreten, und von ihrer Entscheidung hänge also auch die Dauer des Krieges ab. Gegen Rogt bemerkt der Redner, daß es aus Englands und Belgiens Geschichte hervorgehe, wie hoch ein Volk durch den Constitutionalismus sich zu schwingen vermöge. Die Aufgabe der Mitglieder des Hauses bestehe darin, die Verfassung zu befestigen, und so viel Konservatismus werde die Linke wohl auch haben. Zu dieser Seite des Hauses gewendet, schließt der Redner: Wollen Sie die Republik, so sagen Sie es offen und ehrlich; sprechen Sie Ihren Willen vor dem Volke aus; wollen Sie Monarchie, so geben Sie dem Volke nicht unedles Metall für eises und hüllen Sie nicht den republikanischen Kern in eine monarchische Masse. (Beifall.) Mittermaier ergreift das Wort, um für nachstehendes, von ihm mitunterzeichnetes Minderheitsverachten zu sprechen: Stehen nach Ansicht der Reichsregierung der Ausführung eines Reichstagsbeschlusses Bedenken entgegen, so ist der Reichstag verpflichtet, den gefaßten Beschluß einer nochmaligen Beratung und Beschlussfassung zu unterwerfen. In diesem Falle ist, wenn der früher gefaßte Beschluß aufrecht erhalten werden soll, in jedem

Haufe die Gegenwart von wenigstens der Hälfte seiner Mitglieder und unter diesen eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen erforderlich. Wüßte ich, beginnt der Redner, daß ein absolutes Veto notwendig sei, um die Einheit und Größe des Vaterlandes zu sichern, ich würde keinen Augenblick dagegen sprechen. Ich bin aber für das suspensive Veto, weil es mit einer constitutionellen Verfassung mehr vereinbar ist, als jenes. Der Redner unterstützt seine Behauptung durch geschichtliche Beweise. Dem Vordröner, welcher eine Aeusserung Mirabeaus citirt hatte, entgegnet er, daß derselbe in zwei Lebens-Abtheilungen verschiedener Ansicht gewesen, namentlich, daß er in der ersten dieser Lebensperioden das Veto vertheidigt und in der letzten solches verworfen habe. Seit 1692 sei das absolute Veto in England ein einziges Mal ausgeübt worden. Die neueren englischen Staatsmänner sprächen es offen aus, daß gerade diese Nichtausübung des Veto ein Beweis für dessen Ueberflüssigkeit sei; die Krone selbst sehe die mit Ausübung dieses Rechts verbundenen Nachteile ein. Das Staatenhaus, welches gegründet worden, sei dem Volkshause gegenüber ein hinreichendes Veto. Seien die Wünsche von 45 Millionen — und der Redner spricht die Hoffnung aus, daß diese Anzahl so verbleibe — seien deren Interessen in zwei Häusern vertreten, deren Beschlüssen die Minister und der Regent sich widersetzen könnten, so seien die Folgen eines Veto's wohl zu erwägen. Gerade die konservativen Mitglieder hätten zur Zeit der Schöpfung der amerikanischen Verfassung für das suspensive Veto gestimmt, und diese Bestimmung sei sogar von den englischen Schriftstellern der neuesten Zeit als die herrlichste Erfindung der amerikanischen Politik angesehen worden. Im Namen des Ansehens des Oberhauptes, im Interesse der Größe und Einheit des Vaterlandes fordert der Redner von der Versammlung das suspensive Veto. (Beifall.) Der Schluß der Debatte wird ausgesprochen. Rösler aus Oels beantragte namentliche Abstimmung, die nähere Angabe der einzelnen Bestimmungen sich vorbehaltend. Eben so von Vincke. Berichterstaltung und Abstimmung werden auf die folgende Sitzung vertagt. Schoder interpellirt den Ausschuss für die Verhältnisse der Einzelstaaten zur Centralgewalt über die Vorlage des Berichts, die neueste Preussische Angelegenheit betreffend. Nach der heutigen Verhandlung dürfe mit diesen Berichten nicht länger mehr gezögert werden. Denn nachdem die Preussische National-Versammlung von Herrn von Vincke als eine ehelose und von dem Herrn Präsidenten als eine nicht bestehende bezeichnet worden, sei es wohl an der Zeit, zu wissen, ob die Reichsversammlung die Preussische National-Versammlung noch als eine bestehende betrachte. Jordan aus Marburg, Vorsitzender der betreffenden Kommission, erwidert, daß die Krankheit eines Referenten die Berichterstaltung verzögert habe; indessen müsse er seine frühere Aeusserung wiederholen, daß keine Gefahr im Verzuge sei. Nach mehreren die Ausschüsse betreffenden Verkündigungen schließt der Präsident die Sitzung um 3 Uhr Nachmittags.

Wien, den 12. Dezbr. Die Operationen gegen Ungarn haben gestern begonnen; man hörte deutlich von Mittag bis in die Nacht hinein Kanonendonner. Preßburg soll in hellen Flammen stehen und von den Ungarn selbst angezündet worden sein. Die k. k. Truppen sind, wie versichert wird, bereits im Besitze dieser Stadt, und die Ungarn haben sich zurückgezogen. Man spricht auch schon von der Einnahme Dedenburgs. Jellachich hat sein Hauptquartier vorläufig in Schloßhof, etwa zwei Stunden von Preßburg, aufgeschlagen. Für den Morgen geht erst morgen zur Armee ab. Gestern früh ist das Dragoner-Regiment Jicquelmont von hier abmarschirt.

Reichssitzung zu Kremsier am 11. Dezember. Die Grundrechte sind in allen Abtheilungen berathen und gehen nun in den Ausschuss zurück. Die Deputirten aus Dalmatien interpelliren das Gesamtministerium wegen der Ernennung des Ban Jellachich zum Gouverneur von Dalmatien. Dieses Land ist eine zu Oesterreich gehörige Provinz, sie gehört nicht zu Ungarn, und der Titel „Ban von Dalmatien“ ist bloß ein Ehrentitel. Noch sei der Fall nicht vorgekommen, daß der Gouverneur von Dalmatien zugleich ein anderes Amt bekleidet habe. Fiume gehört zu Croatien. Diese Ernennung werde eine Alternative in der Verwaltung, in den Rechten und in der Stellung dieser selbstständigen Provinz hervorrufen. Der Minister des Innern verspricht die Antwort in der nächsten Sitzung. — Die Berathung der Geschäftsordnung ward darauf fortgesetzt.

Ausland.

Frankreich. Paris, den 12. Dec. Die Minister scheinen an der Möglichkeit, dem „Prinzen“ den Erfolg streitig zu machen, zu verzweifeln; denn schon gestern mietete Hr. Pastide sich eine Wohnung, da er voraussetzt, daß er bald das Hotel des Capucins werde verlassen müssen. Aus 40 Departements hatte die Regierung heute bereits Nachrichten über das Wahl-Ergebnis; in 30 derselben stellt sich eine starke relative, in den andern 10 eine starke absolute Majorität für Louis Napoleon heraus. — Nachschrift. In diesem Augenblicke (5 Uhr) weiß man das Ergebnis von 11 Wahl-Bezirken des Departements der Seine: Louis Napoleon 97,823, Cavaignac 52,950, Ledru-Rollin 14,469, Raspail 7691, Lamartin 2098 Stimmen.

Paris den 12. December. National-Versammlung. Sitzung vom 12. December. Anfang 2 Uhr. Präsident Marrast. Wenig Deputirte im Saale. Cavaignac ist auf seinem Plage, an der Ecke der ersten Bank links, und unterhält sich lebhaft mit einer ihn umstehenden Gruppe. Marrast schickt die Huissiers in alle Nebensäle, um die Deputirten herbeizuholen. Spärlich füllen sich die Bänke. Endlich kann man berathen. Die Tagesordnung ist sehr bunt, die Gegenstände für das Ausland ohne Interesse. Während dieser Debatte proklamirt Marrast die Kommission zur Begutachtung der Präsidentenwahl-Protokolle. Sie besteht aus: Arnaud, Franchard, Carnot, Molé, Daulabelle, Sarrans, Buchez, Waldeck-Rossau, Plinnard, Charton, F. Barrot, Conti, Feuillade Chauvin, Ducos, Beaumont, Astouin Richard, Macquib, Abal, Pelletier, Durand, Charmagne Ceyras, Wörthmann, Schaffer, Voissac, Souteyra. Die Sitzung wird dann geschlossen. Es schlägt 5 Uhr. Eine allgemeine Spannung herrscht im Saale. Obgleich der Präsident angezeigt, daß die Sitzung aufgehoben sei, bleiben doch noch viele Deputirte zurück. Es bilden sich Gruppen, in denen lebhaft diskutiert wird. Erst um 5½ Uhr geht die Versammlung ganz auseinander. Paris ist übrigens ruhig, das Wetter sehr schlecht und die Volksgruppen weniger häufig und dicht als gestern.

Großbritannien und Irland.

London, den 9. Dez. Wenn man die Hungerdistrikte in Irland abrechnet, so ist Großbritannien gegenwärtig noch das gemüthlichste Land der Erde.

Während früher Frankreich, Deutschland und Italien die Goldländer für Opern-
tänzer und Opernsänger, für Klavierspieler und Geiger waren und alle ernst-
haften Männer England um sein mächtiges politisches Leben beneideten, scheint
sich das Verhältnis gegenwärtig fast umgekehrt zu gestalten; während bei uns
die Kunst als Aschenbrödel die politische Kinderstube segnet und rüchrige Kü-
chengeschäfte besorgen muß, um nur nicht zu verhungern, schreibt und liest man
in England noch Romane und unpolitische Gedichte, und die singenden und
spielenden Virtuosen des Festlandes suchen sich und ihrer Kunst in England
die Goldquellen zu eröffnen, die sich ihnen auf dem Festlande verschlossen haben.
Gegenwärtig lauscht Altengland den schmelzenden Tönen der schwedischen Nach-
tigall, die, wo sie auch erscheint, stürmischen Beifall und Guineen in reicher
Fülle einträgt. Kürzlich sang sie auch in Oxford und rief die Studenten und
deren würdige Lehrer zu einem so betäubenden Applaus hin, daß sie selbst ge-
stand, seit langem etwas Glorreiches nicht erlebt zu haben. Man glaube aber nicht,
daß dieser Kunstschmuck bei John Bull, wie früher bei den Italienern und
zum Theil bei den Deutschen, chronisch zu werden oder ihn gar in seinen politi-
schen und kommerziellen Geschäften zu stören drohe. Es scheint fast, als ob
die Britten uns mit diesem Jenny-Lind-Fieber nur beweisen wollen, wie ge-
rade sie allein noch Muße, Stimmung und Guineen genug übrig haben, um
sich etwas vorzusingen und vormusizieren zu lassen und dabei doch die Welt in po-
litischer Hinsicht zu beherrschen und in kommerzieller Hinsicht auszubeuten.

— In einem großen Theile Irlands scheinen die Dinge schlechter und
schlechter zu gehen. Die „Times“ selbst gesteht, daß sich in der sozialen Lage
Irlands nicht die geringste Besserung zeige, daß der Horizont sich täglich düster
er gestalte, je mehr die Krisis sich nähere. Ähnlich sagt das „Chronicle“:
jede Post aus Irland bringt Fakten, welche das weitere Umsichgreifen der so-
zialen Revolution außer Frage stellen. Der schändliche Mißbrauch des so ge-
nannten „Aufräumens“ oder „Säuberns“ (Austreiben der Bauern aus ihren
Wohnungen) verheert ganze Bezirke in den Grafschaften Limerick, Clare und
Kerry. „Die letzte Nr. des Limerick Examiner“ sagt der Dubliner Korrespon-
dent der Times, „enthält ein Unglücksverzeichnis, welches, wenn es auch nur
zur Hälfte wahr sein sollte, einen Zustand von Demoralisation enthüllt, wie er
in allen Ländern, die unter civilisirten Gesetzen der Civilisation zu leben vorge-
hen, ohne Beispiel ist.“ Unter andern wurden in der Nähe von Imagh (Grafs-
chaft Clare) 25 Häuser dem Erdboden gleich gemacht und deren Bewohner,
200 an der Zahl, nackt in die Welt hinausgeschoben. In Kilkenny erlitten 30 bis
40 Personen dasselbe traurige Schicksal. In Scariff wurden 8 Häuser nieder-

gerissen. In der Grafschaft Donegal fanden, wie das „Chronicle“ berich-
tet, 50 solcher Austreibungen statt, und zwar unter Mitwirkung einer Abthei-
lung Konstabler und einer Kompanie des 57. Regiments. In der Grafschaft
Kerry wurden ganze Dörfer, unter andern Ballymore und Cloonties auf diese
Weise verwüstet, die Wohnungen dem Erdboden gleich gemacht und die unglück-
lichen Bewohner gezwungen, sich in die Stadt zu flüchten, wie nach dem
Ueberfall eines Landesfeindes, der auf Raub und Verwüstung ausgeht. Diese
wenigen Beispiele aus vielen. Es läßt sich denken, daß diese Zustände zu einer
inneren Auflösung aller sittlichen Begriffe führen müssen, die schlimmer ist, als
der Ausbruch einer offenen Revolution.

London, den 11. Decbr. Dem Standard wird aus Portsmouth ge-
schrieben, die Regierung habe beschlossen, das Geschwader Sir Charles Napier's,
statt des im Mittelmeer befindlichen, vom Vice-Admiral Sir W. Parker befehlig-
ten, zur Erledigung der Differenz mit dem Kaiser von Marokko wegen der gegen
das Britische Schiff „Die drei Schwestern“ verübten Piraterie zu verwenden, und
Sir Charles Napier habe bereits die Weisung von der Admiralität erhalten, un-
verzüglich mit den unter seinem Kommando stehenden Streitkräften auszubrechen;
derselbe werde daher höchstwahrscheinlich heute von Spithead unter Segel gehen.

Schweiz.

Bern, den 8. Dez. Ein gewisser Bohrer, der früher einmal in Basels-
landchaft Advokatendienste that, soll in Lörach die Anzeige gemacht haben, daß
bei Herrn Landrath Hammel, Wirth zum Bären auf dem Birsfeld, und bei
Frau Elsässer zur Krone in Arlesheim Kisten voll Gewehre verborgen seien. In
treuer Befolgung seiner Pflicht wandte sich darauf das Löracher Oberamt an
die Regierung des Kantons Baselland und verlangte von ihr die polizeiliche
Nachsuchung nach den gefürchteten Waffen. Die Regierung willigte ein; beide
Häuser wurden von oben bis unten durchsucht, aber nichts gefunden.

— In Thurgau hat der Verkauf des Klostersguts begonnen, sogar das
sämmliche Mobiliar wird versteigert.

Basel, den 9. Dezbr. Dr. R. Steiger ist gestern Abend von hier nach
Schaffhausen abgereist. So viel wir vernehmen wird die Säuberung der Grenze
und namentlich der Kantone Basel und Schaffhausen, so wie der Amtei Dornach,
von deutschen Flüchtlingen in allem Ernst durchgesetzt werden.

Druck u. Verlag von W. Deder & Comp. Verantwortl. Redacteur: E. Hensel.

Die Buch- und Musikalien-Handlung von Gebrüder Scherf

in Posen, Markt- und Franziskanerstraßenecke No. 77., empfiehlt ihre reichhaltige Auswahl von Werken verschiedener Art zu

Weihnachtsgeschenken

sich eignend, bestehend in Jugendschriften und verschiedenen Spielen, mit farbigen und schwarzen Bildern, Kalendern und Taschenbüchern, Belletristen und
Klassikern in verschiedenen Ausgaben, brochirt und in eleganten Einbänden, als: Ariost, Plutarch, Böne, Bürger, Byron, Chamisso, Freiligrath, Heine's
Valentine, Gaudy, Göthe, Grün, Gukow, Heine, Herder, Holtei, Humboldt, Jean Paul, Jorrick, Körner, Lamartine, Lesage, Lessing, Meißner's
Ziska, Mahlmann, Rabelungelied, Prutz, Rückert, Sallet, Scherf's Laienbrevier, Schiller, Seume, Shakespeare, Tegner u.
Außerdem ist bei Obigen ein großer Vorrath von **Musikalien** für alle Instrumente und Vokalmusik von den beliebtesten Komponisten aller und neuer
Zeit, Klavierauszüge mit und ohne Text, ebenso concertirende Musik, welche sämmtlich auch in deren Musikalien-Verhauhalt aufgenommen sind.

An die vielbewährte Mildthätigkeit der hiesigen
Einwohner wenden wir uns beim Herannahen des
Weihnachtsfestes mit der Bitte, der unter unserer
Aufsicht stehenden Waisen-Mädchen-Anstalt in Liebe
zu gedenken, und uns durch Zufundung freundlicher
Gaben in den Stand zu setzen, unsern Pflegebefohl-
nen in gewohnter Weise eine Weihnachtsfreude zu
bereiten.

Zur Empfangnahme solcher Gaben der Liebe sind
wir gern bereit.

Posen, den 16. December 1848.

Agnes v. Neumann. Mina Bielefeld. Louise Roy.
Friederike Franz. Clara Hünke. Minna Müller.
Ulrike Raumann. Diane Köcher. Julie Schmädicke.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht zu Posen.

Das im Schrimmer Kreise belegene adelige Gut
Szoldry, wozu die Dörfer Rogaczewo und
Sucharzewo gehören, landschaftlich mit Einschluß
der Forst abgeschätzt auf 124,492 Rthlr. 1 Sgr. 10
Pf., soll

am 7ten Mai 1849 Vormittags um 10 Uhr
an ordentliche Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Taxe kann nebst dem Hypothekenscheine und
den Bedingungen in unserm IV. Geschäfts-Bureau
eingesehen werden.

Diesigen unbekanten Kirchen, für welche Ru-
brica II. No. 8. ein zu 3½ Procent verzinsliches Ka-
pital von 571 Rthlr. 8 gGr. eingetragen steht, so
wie folgende ihrem Aufenthalte nach unbekante
Realinteressenten: der Kaver v. Wilczynski, der
Johann Nepomucen v. Wilczynski, die
Frau Albertine Nepomucena v. Wilczynski-
waska geborne v. Lipska, die Wittve des Direc-
tors Kaulfuß Michalina geborne v. Rutter,
und der Ignaz v. Goslinowski, sowie dessen
Ehegattin Wilhelmine geborne v. Haza, werden
zu dem angezeigten Termine öffentlich vorgeladen.
Posen, den 3. September 1848.

Bekanntmachung.

Im Auftrag des königlichen Provinzial-Steuer-
Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Haupt-
Amt und zwar im Amtsbezirk des königlichen com-
binirten Steuer-Amtes Wirsig
am 12ten Januar 1849 Vormittags
10 Uhr

die Chauffage-Erhebung zu Kosowo bei Wirsig
an den Meistbietenden, mit Vorbehalt des höheren
Zuschlages, vom 1sten April 1849 ab zur Pacht
ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher
mindestens 100 Rthlr. baar oder in annehmblichen
Staatspapieren bei dem königl. Steuer-Amt Wir-
sig zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum
Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können sowohl bei uns,
als bei dem genannten Steuer-Amt von heute an
während der Dienststunden eingesehen werden.

Bromberg, den 11. December 1848.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Dem Militär-Arzt Herrn G. Adam, Schroda
No. 39 B., kann ich nicht anders seine an meinem
Sohne gehalten Bemühungen und Herstellung vom
Nervenfieber, so wie Beseitigung einer Lähmung der
Zunge, vergelten, als nur durch meinen öffentlichen
Dank, indem ich wünsche, daß jeder Leidende sich
an ihn wende.

Kattay, den 16. December 1848.

K r i c h, Schiff-Eigenthümer.

Ansverkauf Markt No. 47.
1. Etage, von Pelz-Kragen und Mus-
fen zu den auffallend billigen Preisen von 15 Sg.
pro Stück an.

Frische Embrner Feigen vorzüg-
licher Qualität,
acht Türkische Haselnüsse (lange und runde) und
Alexandrin Datteln erhielt

Job. Jg. Meyer, Markt No. 86.

Königsberger Marzipan, Bilder- und Naturton-
sekt, sowie Dresdener Chokolade-Figuren, empfiehlt
zu herabgesetzten Preisen

Ziegler, St. Martin 62.

Berliner Börse.

Den 16. December 1848.	Zinsf.	Brief.	Gold.
Preussische freiw. Anleihe	5	99½	—
Staats-Schuldscheine	3½	77½	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	94½	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	77½
Westpreussische Pfandbriefe	3½	83½	82½
Grossh. Posener	4	—	96½
Ostpreussische	3½	81½	—
Pommersche	3½	—	90½
Kur- u. Neumärk.	3½	—	90
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	91½	—
Friedrichsd'or	—	137½	137½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	124
Disconto	—	—	44
Eisenbahn-Actien, (voll. v.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	84½
Prioritäts	4	86	—
Berlin-Hamburger	4	64	—
Prioritäts	4	92½	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	60½	—
Prior. A. B.	4	83½	—
Berlin-Stettiner	4	88	77½
Cöln-Mindener	3½	91	79
Prioritäts	4	91	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	113
Niederschles.-Märkische	3½	70	70
Prioritäts	4	85	—
III. Serie	5	91½	95½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	92½	92½
B.	3½	—	—
Rheinische	4	—	—
Stamm-Prioritäts	4	—	—
Prioritäts	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	50	—
Stargard-Posener	4	70	—

(Mit einer Beilage.)

I n l a n d.

Berlin, den 17. December. Für die gegenwärtige Dürre des hiesigen politischen Feldes sucht sich die Berliner Kammergesellschaft an der überraschenden Entwicklung der überrheinischen Dinge reichlich zu entschädigen. Kriegspantasten sind an der Tagesordnung und mit dem behaglichsten Prophetentitel werden darüber Behauptungen aufgestellt und bekämpft, ob wir im Frühling Russen oder Franzosen im Quartier haben werden. Allgemeines Erstaunen hat der unzweifelhafte Protest des französischen Volks gegen die republikanische Staatsordnung hervorgerufen, wie er in der bereits unbedenklichen überwiegenden Majorität der Stimmen für Louis Napoleon enthalten ist. Man will darin mit vollem Rechte eine dem monarchischen Prinzip dargebrachte Ovation erkennen. Sie können sich das Aergerniß, das unsere Demokraten an diesem unverzeihlichen Ereigniß nehmen, nicht groß genug denken. Anstatt die Begründung des freistaatlichen Zustandes den Händen des ehrlichen Republikaners Cavaignac anzuvertrauen, begeben die Franzosen die jämmerliche Thorheit, ihre cäsarischen Reminiscenzen aufs Tapet zu bringen, heben den Messen seines Danks auf den Präsidentenstuhl und rufen dazu vive l'empereur! Das demokratische Hauptdogma, daß heutigen Tages kein Volk, welches seinen Herrscher glücklich losgeworden, so dumm sei, sich einen neuen einzusetzen, deckt vor dieser sprechenden Thatsache in greller Weise seine illusorische Blöße auf. Man sollte meinen, daß die handgreifliche Widerlegung auf die Ansichten und Tendenzen der demokratischen Kreise modificirend einwirken müsse. Allein dies Resultat herbeizuführen, müßte in ihnen eine Tugend walten, die wir dort stets zu vermissen Grund genug hatten; wir meinen: Ehrlichkeit der Gesinnung. Daß sie von ihren Täuschungen selbst durch jene augenscheinliche Ueberführung in keinem Stücke geheilt worden sind, kann uns um so weniger zweifelhaft sein, je entschiedener unsere Ueberzeugung dahin geht, daß es ihnen um eigene Belehrung überhaupt gar nicht zu thun ist und die Führer selber nicht sowohl jenen Täuschungen unterliegen haben oder gar noch unterliegen, als sie vielmehr die irregulierten Massen mit ihnen zu inficiren bestrebt wären und zweifelsohne noch bestrebt sein werden. — Trotz der, wie man sagen darf, fast einmüthigen Erklärung Frankreichs zu Gunsten Louis Napoleons und der Hoffnungen, welche die Pariser Börse an seine Erhebung zu knüpfen scheint, hat es doch das Ansehen, als ob man jenseits des Rheins hie und da neue Erschütterungen in nächster Zukunft befürchtet. Eine Mittheilung, die mir aus einem Frankfurter Briefe gemacht wird, lautet dahin, daß bereits mehrere französische Familien sich über den Rhein nach Deutschland geflüchtet haben.

Ereigniß, den 14. Dec. Gestern Abend fanden auf verschiedenen Plätzen unserer Stadt großartige Soldatenschlägereien statt. Die Fünfer haben gegen unserer Kameraden vom 20. Reg. eine feindliche Stellung eingenommen, und schon mehrere Male Gelegenheit gesucht, sich an diesen reiben zu können. Auch gestern Abend wurden Einzelne der Letzteren von Fünfern überfallen und empfindlich gemißhandelt. Ein Unteroffizier soll ganz besonders arg zugerichtet worden sein. Die Zwanziger haben in Folge dieses Ueberfalls sich Zuzug verschafft, und wiederum die Fünfer angegriffen, wo solche getroffen wurden. Es sind demnach in verschiedenen Straßen der Stadt arge Scharmügel vorgefallen, wobei es natürlich nicht ohne erhebliche Verwundungen abgegangen ist. Man sagt, ein Soldat habe bei einer dieser Affären beide Augen eingebüßt.

Düsseldorf, den 14. Dec. Die hiesige Zeitung bemerkt über den Belagerungszustand: Nach der Aussage der größten Anzahl von Juristen soll für den Belagerungszustand offener Städte kein Gesetz existiren, wenn man nicht ein dunkles Gesetz aus dem Jahre 1809 dafür in Anspruch nehmen will. Sr. Majestät der König hat nun am 5. Dec. eine Verfassung erprobt, die, da sie in der Gesetzsammlung bereits erschienen, gesetzlich nach zehn Tagen, also übermorgen, bis zur verheißenen Revision in Anwendung tritt. In dieser erprobten Verfassung ist von einem Belagerungszustande mit keinem Worte die Rede, sondern es wird blos von Ensbendigung gewisser Artikel gesprochen, wenn in einer Stadt Krieg oder Aufruhr vorhanden ist. Da nun in Düsseldorf dormalen weder Krieg noch Aufruhr herrscht, so dürfte gesetzlich übermorgen der Belagerungszustand aufgehoben werden. Wir haben das Vertrauen, daß dies von Seiten der Herren v. Digaletti und v. Spiegel geschehen wird.

Kendsburg, den 13. December. In der gestrigen Versammlung des hiesigen Allstädter Bürgervereins wurde einstimmig beschlossen, eine Adresse an General Bonin zu erlassen und durch eine Deputation überreichen zu lassen, worin er auf das dringendste ersucht wird, die Oberleitung unseres Heerwesens nicht aufzugeben. Die aus sieben der angesehensten hiesigen Einwohner (worunter auch die beiden Abgeordneten zur Landes-Versammlung) bestehende Deputation hat sich heute zu diesem Zweck nach Schleswig begeben. Außer dem Mitgliede der gemeinsamen Regierung, v. Moltke, hat sich auch der Departements-Chef der Justiz, Mommsen, nach Berlin begeben, um die Maßregel des dortigen Kabinetts, welche sämtliche in Preussischen Diensten stehenden Offiziere zurückruft, rückgängig zu machen. Der gleichfalls abberufene Oberstlieut. v. Zastrow, bekanntlich einer der tüchtigsten Offiziere unseres Heeres, kam bereits gestern auf der Reise nach Berlin hier durch; doch glaubt man auf seine Rückkehr hoffen zu dürfen.

Frankfurt a. M., den 14. Decbr. (Frankf. Journ.) Nachdem in der heutigen 135. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung der Abgeordneten Dahlmann als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses die Annahme des §. 19. des Abschnitts vom Reichstag in der vom Ausschuss beantragten Form (mit dem absoluten Veto der Reichsgewalt) wiederholt empfohlen hatte, wurde über den Eingang des §. 19., also lautend: „Bei Ausübung der der Reichsgewalt zugewiesenen Befugnisse ist die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags

erforderlich“, mit Namensanruf abgestimmt und derselbe mit 267 gegen 207 Stimmen abgelehnt, somit das absolute Veto verworfen. Der Antrag des Abg. v. Trübscher: „Die Reichs-Regierung ist verpflichtet, die Reichstagsbeschlüsse auszuführen“ (wonach also kein Veto stattfinden würde), wurde durch Aufstehen und Siguenbleiben abgelehnt. Sodann ging die Abstimmung zu den verschiedenen Anträgen in Betreff des beschränkten (Suspendiv-) Veto's über. Die Anträge der Abgeordneten Nauwerck, Schulz von Darmstadt, Heisterberg und Matkahn, so wie das Minoritäts-Gracien von Wigard, Schreiner und Mittermaier verworfen, das gegen jener des Abgeordneten Fallati mit 274 gegen 187 Stimmen angenommen. Derselbe lautet: „Ein Beschluß des Reichstags, welcher die Zustimmung des Reichsoberhauptes nicht erlangt hat, darf in derselben Session nicht wiederholt werden. Ist ein Beschluß des Reichstags in drei auf einander folgenden Sitzungen in Erwägung gezogen und unverändert angenommen worden, so erhält er, auch wenn die Sanction des Reichsoberhauptes nicht erfolgt ist, Gesetzeskraft, sobald der Reichstag sich schließt.“

Wien, den 14. Dec. Glaubwürdigem Vernehmen nach ist es dem F. M. E. Grafen Schlick gelungen, mit seinem 18,000 Mann starken Armee-Corps aus Galizien über sehr unwegsame Gebirgspfade bis Gperies vorzudringen und diese Stadt zu besetzen. — Zu Kremier hat sich unter den Deputirten ein Deutsch-Oesterr. Verein gebildet. Aus dem Programm geht die Tendenz hervor: a) Confirmirung eines Oesterreichs als einer konstitutionellen Erbmonarchie auf rein volksthümlicher Grundlage, b) Abwehr jedes — die Deutsche Nationalität im Grundsatz der Gleichberechtigung verletzenden Uebergriffs, c) Förderung einer innigen Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich als Gesammtstaat. — Durch die Ernennung des F. M. E. Grafen Auersperg zum Festungs-Kommandanten in Königgrätz wird hinlänglich dargethan, daß er allerhöchsten Orts in Ungnade gefallen. — Kaiser Ferdinand beschäftigt sich zu Prag mit Naturwissenschaften, welchen alle Mitglieder der Kaiserl. Familie mit besonderer Vorliebe obliegen, und giebt den Armen Audienz, verbietet sich aber sonstige Deputationen.

Bartfeld, den 8. Dec. Heute Mittag rückte F. M. E. Schlick hier ein; die Musikbände spielte hierbei die Volkshymne. Die Physiognomie der Stadt war eine ruhige, der Empfang der Oesterreichischen Truppen befriedigend. Der vor der Stadt aufgebaute Rossuths-Galgen ward durch die Pioniere niedergeworfen, wozu die Türkische Musik und ein volles Vivatrufen der Militärcolonnen und der zahlreichen Volksmenge erschallte. Die auf dem Rathhause aufgepflanzte Magyarische Tricolore ward herabgerissen und von den Soldaten vernichtet. Morgen wird die Armee gegen Gperies vorrücken, und schon übermorgen soll die friedliche oder nöthigenfalls gewaltsame Besetzung dieser Stadt vor sich gehen. Ehe F. M. E. Schlick die Grenzen Ungarns überschritt, erließ er an sein Corps folgenden Anruf:

Soldaten! Der F. M. Fürst Windischgrätz hat mir das Kommando des Galizischen Armee-corps übergeben, dadurch ist mir die Ehre geworden, Euch zu befehligen. Der Zweck unseres Einmarsches in Ungarn ist Ruhe und Ordnung herzustellen. Dem ruhigen Einwohner, der uns als Bruder empfängt, müssen wir freundlich entgegenkommen, aber wehe dem, der sich uns feindlich entgegenstellt, der soll unsere guten Waffen kennen lernen. Wir lieben unsern Kaiser! — Das Recht ist auf unserer Seite! — Wir gehören zur braven Oesterreichischen Armee und das Uebrige wird sich finden. Hauptquartier Ducla, den 2. Decbr. 1848.

U n s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 12. Decbr. Unter mehreren andern Gesetz-Entwürfen, welche in der heutigen Sitzung der National-Versammlung beantragt und angenommen wurden, wird auch der Gesetzentwurf in Betreff der Präsidentenwahl mit einigen von der Kommission vorgeschlagenen Abänderungen angenommen. Namentlich hatte die Kommission, im Hinblick auf die Nothwendigkeit, daß die Zweifel über den Ausfall der Präsidentenwahl sobald als möglich beseitigt werden, beantragt, daß wenn ein Kandidat die absolute Majorität erhalten habe, und zwar eine so große, daß die Wahlen in Algerien darauf keinen Einfluß üben könnten, die Proclamation des Präsidenten sofort, ohne jenes Resultat abzuwarten, erfolge. Mehrere Mitglieder der National-Versammlung wollten in dieser Bestimmung eine Verletzung der Verfassung sehen; allein die große Majorität der National-Versammlung erklärte sich für die Annahme derselben.

Die Wahlen neigen sich, so weit die Nachrichten reichen, überall zu Gunsten Louis Napoleons. In Paris sogar hat derselbe die absolute Majorität erhalten. So stimmten

im 1. Arrondiss.	16,704 Stimmen für L. Napoleon,	4,178 für Cavaignac,
2.	12,538	7,708
3.	6,101	5,921
4.	4,500	3,500
6.	10,621	7,509
8.	12,755	5,318
9.	16,000	2,000
10.	10,916	6,861
11.	10,027	281

In der Banlieue hatte L. Napoleon 20,345, Cavaignac 12,599 Stimmen. Ferner kennt man schon das Resultat aus

Donai:	L. Napoleon	6,010	Cavaignac	3791
Panges:		3,600		1198
St. Denis:		3,576		1934
Seine und Oise:		22,000		1200
Untere Seine:		41,000		8000
Rouen:		21,070		3654
Dep. der Somme:		18,772		1425 Stimm.

Aus andern Departements erfährt man, daß Louis Napoleon auf 1000 Stimmen etwa 950 Stimmen hatte. Nach Navaignac hatte Ledru-Rollin so ziemlich überall die meisten Stimmen, aber verhältnißmäßig wenige. L. Napoleon wird aller Wahrscheinlichkeit nach die absolute Majorität haben.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Die Artikel aus Gnesen in Nr. 283. und 285. dieser Zeitung hat der hier bekannte Assessor Heinemann, jetzt in Posen wohnhaft, einrücken lassen. Er wird dieserhalb von neuem zur Untersuchung gezogen werden.

Gnesen, den 17. December 1848.

Rauchfuß.

Bei der Konstituierung des unterzeichneten Vereins wurde nachstehende Adresse an Sr. Majestät den König abgesandt:

Allerdurchlauchtigster,

Allergnädigster König und Herr!

Mit freudigem Muth, wie ihn nur die innigste Dankbarkeit einzusprechen vermag, geloben die Unterzeichneten feierlichst ihrem konstitutionellen Könige, der sein getreues Volk aus den Wirren einer anscheinend endlosen Anarchie zu retten ver-

Als Verlobte empfehlen sich:

Wilhelmine Böhme,

Julius Kuntner, Apotheker.

Jerlow, den 18. December 1848.

Bei C. S. Mittler in Posen ist zu haben:

Struwwelpeter = Spiel zur Unterhaltung und Belustigung für die Jugend und für Erwachsene 10 Sgr.

Neuestes Exercir = Spiel für Jung und Alt 10 Sgr.

Der Ehrgeiz in der Küche, oder was kochen wir heute? Neuestes Gesellschafts = Spiel 10 Sgr.

Publicandum.

Die unterm 9. Mai 1842 erlassene Verordnung, wonach das Reiten auf dem Wilhelmplatze besondern Beschränkungen unterliegt und insbesondere nur zwischen dem Schauspielhause und den aufgestellten Tafeln stattfinden darf, wird hiermit dem Publikum zur Vermeidung der angedrohten Strafe in Erinnerung gebracht.

Posen, den 6. December 1848.

Königl. Polizei-Direktorium.

Bekanntmachung.

Der zum 21. d. M. angekündigte Verkauf von 2000 Kiefern in Chornica unterbleibt.

Posen, am 15. December 1848.

Im Auftrage des Königl. Oberlandes-Gerichts. Oberlandesgerichts-Assessor Well.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 21. December c. Vormittags 10 Uhr sollen im Magazin No. 1. hieselbst eine Quantität Roggenkleie, Roggen- und Hafer = Fegedass, Fußmehl u. gegen gleich baare Bezahlung, öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 18. December 1848.

Königliches Proviant-Amt.

Zum gänzlichen Ausverkauf

(im Preise bedeutend zurückgesetzt),

empfehle ich eine Partie:

Seidene Herren-Schawls, früher gekostet 3 - 4 Rthlr., jetzt für 1, 1½ bis 2 Rthlr.

Wesentstoffe, früher gekostet 2, 2½ bis 3 Rthlr., jetzt für 25, 1 Rthlr. bis 1½ Rthlr.

bunte seidene Schlipse, früher gekostet 1½ bis 2 Rthlr., jetzt für 15, 20, 25 - 1 Rthlr.

bunte seidene Halstücher, früher 2, 2½ bis 3 Rthlr., jetzt für 1 bis 1½ Rthlr.

außerdem empfehle ich mein wohl assortirtes Lager der neuesten Mode-Erzeugnisse in

der Herren-Garderobe.

S. Lipschütz,

Breslauerstraße 2.

Großer Ausverkauf.

Markt No. 66. neben dem Kaufm. Schmidt. Hier

mochte, festzuhalten an der neuen Verfassung und sie mit allen Kräften gegen diejenigen zu schützen, die es sich etwa auch noch jetzt unterfangen sollten, ein Werk zu zerstören, das Sr. Majestät gegründet und das Liebe und Vertrauen zwischen König und Volk zu erhalten, und segensreich zu fördern wissen werden.

Ew. Majestät

getreueste Unterthanen.

Bojanowo, den 10. December 1848.

Folgen 184 Unterschriften.

Der Vorstand des Vereins für König und Vaterland.

Fürst Herrmann Hagfeldt. Dr. Seyder. Dr. Heusfeldt. Crampe. Weigl. Gebauer. Handke. Franke. Meißner. Baumhauer. Krug. Mesensky. Kolisch.

Konzer.

Das am letzten Sonntage zur Einweihung des neuen Restaurationslokals auf unserm Bahnhofs von Hrn. Bornhagen veranstaltete Konzert war zahlreich besucht und der Erfolg entsprach den Erwartungen, die man von der rühmlichst bekannten Schölschen Kapelle zu hegen berechtigt war. Es erscheint daher wünschenswerth, diese musikalischen Unterhaltungen im Laufe dieses Winters öfter wiederholt zu sehen, indessen dürfte von dem Unternehmer doch noch Zweierlei dabei zu berücksichtigen sein; einmal muß der Eintrittspreis niedriger gestellt werden, damit diese Unterhaltungen auch größeren Familien zugänglich werden, und dann ist der Anfang auf 13 Uhr oder spätestens 3 Uhr zu setzen, damit das Publikum bei eintretender Dunkelheit die Rückwanderung ohne Unbequemlichkeit antreten könne. Es ist zu erwarten, daß die Bahndirection in freundlicher Berücksichtigung des Publikums nichts dagegen haben werde, da für die geringe Zahl der um 4 Uhr mit der Eisenbahn Abreisenden ein Hinderniß, das nicht leicht zu beseitigen wäre, schwerlich daraus hervorgehen kann. Es darf daher der Erfüllung dieses Wunsches wohl entgegengekehrt werden.

werden sämtliche Pelz-Waaren zu auffallend billigen Preisen verkauft.

Posen, den 18. December 1848.

Die Pelz-Waaren-Handlung Markt No. 7, dicht am Johannis, empfiehlt ihr assortirtes Lager von Pelz-Muffen, Kragen und alle in dieses Fach einschlagende Artikel zu auffallend billigen Preisen.

Eine Wohnung in der Breitenstraße bestehend aus 4 Stuben nebst Küche und Zubehör ist vom 1. d. M. billig zu vermieten. Näheres ist zu erfahren Dominikanerstraße No. 2. Parterre.

Schloßstraße 83. 2 Treppen ist sofort oder Neujahr ein schönes Zimmer, mit auch ohne Möbel billig zu vermieten.

Zwei fehlerfreie hellbraune Wagenpferde, Stuten oder Wallachen, 4 bis 5 Jahr alt, 5 Fuß 3 bis 5 Zoll hoch, möglichst ohne Abzeichen, werden zu kaufen gesucht. Auskunft ertheilt der Medizinal-Assessor Ripke, Friedrichstraße No. 25.

Ein militärisches Reitpferd, englische Rappstute aus Trakehner Gestüte, 10 Jahre alt, 2 Zoll groß, ist sehr billig zu verkaufen und Veilinderstraße No. 33. Parterre zu erfragen.

Eine englische Drehrolle steht zur Benutzung gegen ein Honorar 1 Sgr. pro Stunde beim Schlossermeister Niedzielski, St. Martin No. 24.

Eine gute Violine ist Friedrichstraße No. 24. im ersten Stock zu verkaufen.

Eisen-Waaren, die besten Sorten Kaffee's, Zucker, Seife, Waschbäum, Essig, Del u. c.; Schnupf- und Rauchtabak, Parinas-Cigarren, frische fette F-ringe und frische Neunaugen, so wie auch Schmitt-waaren und Tuch empfiehlt dem geehrten Publikum Michael Weyhan,

Kaufmann zu Mirowanna-Goslin.

Frische Straßburger Trüffel-Pasteten empfangen Gebr. Bassali, Friedrichsstr.

Astrachanische und Elb-Caviar, Achten Limburger und frischen Sahn-Käse, cand. Citronat, Sultan-Rosinen, frische Kranz- und Schachtel-Feigen, Trüffeln und Russ. Schooten-Erbten empfing und empfiehlt J. Appel, Wilhelmstr. No. 9.

Alle Sorten feine Gewürz-, Vanille-, Gesundheits-, Caragen- und Gersten-Chokolade sind wieder angekommen und werden wie bisher zu Fabrikpreisen bei Gewährung eines Rabatts begeben in der Handlung am Capichaplas No. 7. in der Malzmühle. Der beliebte Braunschweiger Fischkuchen ist wieder vorrätig.

Billige Talg-Lichte in der Malzmühle.

Feines Weizenmehl à 1½ Sgr. Berliner Quatt, Nasse Gasse No. 3.

Vortheilhafte Anzeige f. Damen!

Der billige Verkauf der feinen französischen Stickereien und ächter leinener Batist-Taschentücher aus Nancy und Paris dauert nur noch bis Ende dieser Woche im Hôtel de Dresde, 1 Treppe.

Da ich meine Waaren wegen der in Frankreich bestehenden Prohibitiv-Gesetze nicht zurückführen kann, so bin ich genöthigt, dieselben hier gänzlich zu räumen, und habe, um dies zu bezwecken, die Preise bedeutend herabgesetzt. — Die hochgeehrten Damen wollen von dieser Anzeige gefällige Notiz nehmen, da sich so leicht nicht wieder die Gelegenheit darbietet, ächte Pariser Stickereien, die sich in der Waare sehr gut conserviren, zu so beispiellos billigen Preisen einzukaufen.

„Kleine moderne Kragen von 4, 5, 6, 8, 10, 15, 20 Sgr., 1, 1½ bis 3 Rthlr., früherer Preis 5 Sgr. bis 6 Rthlr.“

„Fein gestickte Chemisettes, Pelserinen, Manschetten, Negligees, Häubchen, Einsat, gestickte Streifen, elegante Ballkleider, fein gestickte Gardinen und dergleichen Artikel eben so billig.“

„Achte Brüssler Schleier, schwarz und weiß, 20, 25 Sgr., 1, 1½, 2, 3, 4 Rthlr.“

„Achte leinene Batist-Vinon-Taschentücher mit neuesten Bordüren, à Duzend 7, 8, 10, 11 Rthlr., pro Stück 20, 22½, 25 Sgr., 1 Rthlr.“

„Achte leinene Batist-Taschentücher mit neuester Bordüre, à Duzend 4, 6, 8, 10 Rthlr., pro Stück 12½, 17½, 22½, 27½ Sgr.“

„Halbleinene Batist-Taschentücher, ganz fein, den ächten sehr ähnlich, mit modernster Bordüre, à Duzend 2½ Rthlr., pro Stück 7½ Sgr.“

M. S. Bernau, ci-devant Dupuy, Fabricant de Broderies de Nancy & Paris